

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1,40 Mark, vierteljährlich
3,20 Mark, durch die Post 4,00 Mark
ausgeschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
anmelden Zeitungsverträge unter
Sonder-Zustellungsbedingungen für un-
verlangt eingegangene Nummern
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Zentrum der Geschäftsleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7spaltige 38 mm breite
Kolonnenzeile oder deren Raum mit
30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in unfernen Preisbestimmungen u.
allen Anzeigenbedingungen ange-
geben. Kleinanzeigen 78 mm breite Zeile
10 Pf. u. 10% Zuschlag. Anzeigen
annahme schließt vom. 11 Uhr,
für die Sonntagsblätter, abds. 6 Uhr.
Abbestellungen, soweit zulässig,
müssen schriftlich erfolgen. Erfol-
lungsort: Halle a. S. Ersteintr. 10.
2mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-
u. Anzeigen-Abteilung: Halle, Gr.
Draußenstr. 17. Telefon-Nr. 1133.
Halle, Markt 24 a. Gr. Nr. 1133.

Nr. 133.

Halle, Mittwoch, den 20. März

1918.

Deutschlands Ziel: Kein weicher Friede.

Annahme des neuen 15 Milliarden-Kredits. — Erregung in der holländischen Öffentlichkeit.

Eine französische Offensive in Lothringen?

Erhöhte Kampftätigkeit in Lothringen. — Die gegnerischen Vorbereitungen. — Weit vorgeschrittene Einleitung. — Reichliche deutsche Abwehrkräfte. — Ruhige deutsche Zuversicht.

Berlin, 19. März. (Privattelegramm.) Der bekannte Kriegsbekämpfer Alfred Richard Meyer meldet von der Vorherrscher Front: Seit Tagen ist die solange Zeit leidender ruhige Front in Lothringen zu einer erhöhten Kampftätigkeit erwacht. Gegenwärtige Vorbereitungen, die wir trotz aller Heimsüchlichkeit, mit der sie betrieben wurden, seit langem und ohne Unterhalt verfolgen, begannen sich zu entwickeln und erhellend zu machen. Sie ergeben das deutliche Bild einer weitvorgehenden Einleitung zu großartigen Angriffsvorbereitungen der Franzosen. Allen diesen methodischen Arbeiten des Gegners gegenüber haben wir uns bisher rein abwehrend verhalten und dieser Standpunkt darf an dem Abschlus, an dem ich diese Zeilen schreibe, auch für den Fall, daß der Franzose eine weitere Schlacht ausführen sollte, unser weiteres Verhalten bestimmen. Wir können den großen Anstrengungen unserer Gegner mit völliger Ruhe ent-

gegensehen. Die Abwehrkräfte, über die wir verfügen, können mehr als reichlich bezeichnet werden. Sie werden auch, wenn der gute Wille einer Truppe als Gewähr für einen letzten Erfolg gelten kann, die Franzosen erkennen lassen, daß wir dort, wo wir nicht offen zu werden gedanken, unseren Schritt mit unermüdeter Kraft vor unsere Ohren halten. Weiter tritt der Kriegsbekämpfer hinzu, daß in den nächsten Tagen an dieser Front der inspiherische Schritt des Kaisers, des Generalleutnants und des ersten Generalquartiermeisters erwartet wird. Wir dürfen der Entwicklung der Kämpfe in Lothringen mit voller Ruhe entgegensehen. Die deutschen Heiden, die in der kommenden Schlacht in Lothringen stehen, werden nicht minder an den Erfolgen des Ganzen Teil haben, als die deutschen Kämpfer an den anderen Frontabschnitten.

Ein trauriger Diplomat.

Die Denkschrift des Fürsten Löwenstam.
Karl Max, letzter Fürst Löwenstam, Großgärtner in Preußen und Österreichisch-Schlesien, Reisende im Jahre 1848 in Frankfurt a. M. zusammen mit dem General von Thierswald ermordeten Parlamentarier Grafen Löwenstam, hat in seiner mehrjährigen Tätigkeit als Botschafter Deutschlands an der Rheinreise bewiesen, daß er den guten Willen besaß, an einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen mitzuarbeiten. Schon während er sein fidele Kommissariat ausübte, hat er seine Persönlichkeit als Botschafter in den Ruhestand getreten. Bislang als Botschafter in London und seine Herrschaft Grätz als ein vorübergehend in den Ruhestand getretener Botschafter, Legationsrat und Gelehrter bewährte, gebrauchte er schriftlich in Artikeln und mündlich als Mitglied des Herrenhauses manch kluges Wort, das ein Beobachter darüber aufkommen ließ, daß ein so begabter Kopf mit glänzenden Beziehungen nicht für das Reich nutzbar gemacht wurde. Wer denkt in nationalen Kreisen heute noch so? Wer würde nach dem fandalischen Tagebuch des durchlauchtigsten Diplomaten nicht wünschen, daß er nicht wieder in den Reichsdienst getreten wäre, daß er auf seinen 12 000 Hektar Bodensitz in Ruchelna und Grätz lieber Getreide, Rüben und Kartoffeln angebaut hätte? Im Anbau von Lebensmitteln hätte er sich auf reichhaltigere Art und Weise das Kriegshilfsbedürfnis erwerben können, durch das Schreiben eines unerhörten Tagebuchs hat er sich für immer einen unglücklichen Namen gemacht, der auch den künftigen Geschichtschreibern nur mit geringer Sympathie genannt werden wird. Löwenstam, der mit Kaiser Wilhelm im Jahre 1871 dem Bundesrat angehört hat, hat eine gute Ausbildung durchgemacht: Unter Fürst Bülow gehörte er der Gesandtschaft in Bukarest an, unter Fürst Culerburg war er Botschafter an der Wiener Botschaft. Und doch hat er noch zu wenig gelernt und begriffen. Einzelne Talente fehlen ihm ganz, während andere Eigenschaften bei ihm eine zu starke Ausprägung gefunden haben.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 19. März, abends. (Amtlich.)
Kriegsfront an der Westfront die Geschäftstätigkeit ein.
An der Nordfront von Verdun und im Paros-Wald bisch das Artilleriefeuer lebhaft.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 19. März. (Amtlich) wird verlautbart:
Keine Ereignisse von Belang.
Der Chef des Generalstabes.

Ein Kaiser-Telegramm an Schleswig-Holstein.

Ein Friede für die Interessen Deutschlands.
WTB. Kiel, 19. März. (Drachnachricht.) Auf das Begrüßungstelegramm des hier tagenden Schleswig-Holsteinischen Provinzialparlamentes ist folgende Antwort Seiner Majestät des Kaisers und Königs eingelaufen:
Dem schleswig-holsteinischen Provinzialparlament sage ich von Herzen Dank für seine Huldigungsgrüße, aus dem ich mit Freude seine Zuversicht und das Gelübde der Provinz zum Aushalten entnehme. Unser deutsches Schwert hat sich als bester Schutz erwiesen und wird es bleiben in dem lohnenden Kampf um die Entscheidungsräume. Das Heimathier in Stadt und Land meiner treuen Provinz Schleswig-Holstein wird, das bin ich gewiß, der unermüdbaren Armee und der unseren Feinden den Lebenssaft raubenden Marine treu zur Seite stehen. Der Sitzpreis soll und wird nicht fehlen: Kein weicher Friede, sondern einer, welcher den Interessen Deutschlands entspricht. Das wolle Gott!
Wilhelm R.

Bewilligung des neuen Kriegskredits.

WTB. Berlin, 19. März. Der Reichstag hat heute in 1. und 2. Sitzung die Kreditvorlage von 15 Milliarden Mark angenommen. (Siehe auch Reichstagsbericht.)

Die Unzufriedenheit der holländischen Öffentlichkeit.

Gegen ein Nachgeben.

Rotterdam, 19. März. (Eigene Drachnachricht.) Ausnahmslos erklären sich alle Sprachgruppen der holländischen Öffentlichkeit gegen die geistliche Erklärung. Man kritisiert es, daß die Regierung nicht mehr Stolz gezeigt hat und nicht versucht hat, zu leben, wie weit man mit den heimischen Getreidevorräten gekommen wäre, anstatt sich jetzt dieser schwachen Förderung der Entente zu unterwerfen. Außerdem wird behauptet, daß England gar nicht damit gerechnet habe, daß seine Forderungen glatt genehmigt werden. Die Entente erhalte mehr, als sie selbst erhoffte, sagt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ und weist darauf hin, daß die in den holländischen Häfen liegenden britischen Dampfer zur Abfahrt bereit

lagen, offenbar weil sie Repressalien befürchteten. Inzwischen wird von verschiedenen Seiten daran hingewiesen, daß noch lange nicht feststeht, ob der jetzt von Holland verlangte Vergleich tatsächlich zu einer Erwidrigung kommen wird, da nur noch geringe Aussicht dafür besteht, daß die Entente die holländischen Gegenbedingungen annehmen wird.

Stimmen schwerer holländischer Enttäuschung.

Das Beispiel Griechenlands.

WTB. Amsterdam, 19. März. (Drachnachricht.) Aus den Beiträgen der heutigen Morgenblätter spricht schwere Enttäuschung über die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Alliierten. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Das niederländische Volk sieht in großen Dylemen bereit, wenn die Regierung für das, was sie für recht und billig hielt und was die Ehre des Landes gegenwärtig wahren würde. Da kam plötzlich die Nachricht, daß die Regierung die englischen und amerikanischen Forderungen, die man allgemein für unannehmbar hielt, angenommen hat. Damit hat sie ungewollt das nationale Empfinden eines großen Teiles der Nation schwer verletzt, wenn es auch nicht überall so intensiv sein mag, wie bei einem Offizier, der ausgetreten die Frage stellt, ob jetzt unsere Armee nicht demobilisiert werden könnte, da wir doch nicht die Absicht hätten, uns dem Zwange zu unterwerfen.

Der Haagische Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ schreibt: Man denkt unwillkürlich an das abgelehnte Beispiel Griechenlands. Die geistliche Erklärung der Regierung hat in der Kammer bei vielen Abgeordneten die Wirkung und auch Enttäuschung hervorgerufen. Der Korrespondent glaubt, daß die Haltung der Regierung die meisten überrascht habe, im Grunde doch mit der herrschenden Stimmung des Landes übereinstimmend, die um jeden Preis den Krieg vermeiden wolle. Der Korrespondent bezweifelt, daß die Regierung keine andere Wahl gehabt habe, als um den Preis einer sofortigen Getreidezufuhr nachzugeben und stellt die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, selbst auf die Gefahr von Entbehrungen den nächsten Herbst abzuwarten und damit wenigstens etwas von dem Stolz der Nation zu retten.

Der „Nieuwe Courant“ schreibt: Wir hätten von der Regierung eine Willensänderung erwartet. Eine gewisse Entschuldigendheit über die Entscheidung haben wir in dem Umstand finden, daß auf keine andere Weise der Fehlbetrag an Lebensmitteln eingeholt werden könnte.

Einstellung der deutschen Kohlenzufuhr nach Holland.

Haag, 19. März. (Privattelegramm.) Das „N.T.“ meldet: Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß seit gestern nach Annahme des Ultimatus durch Holland die deutsche Steinkohlenzufuhr nach Holland eingestellt worden ist.

Kostum im Besitz von deutschen Gefangenen?

Frankfurt, 19. März. (Privattelegramm.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Haag: Ein deutsches Telegramm aus Rotterdam am Don. besagt, daß 3000 österreichische und deutsche Kriegesgefangene sich der Stadt bemächtigt haben. (Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Weitere Besprechung der Friedensverträge im Reichstage.

Kleine Anfragen. — Stresemann verteidigt die Friedensverträge. — Die blutige Bilanz des Krieges für eine Kriegsgeschädigten. — Weitere Beratung der Kreditvorlage.

Berlin, 19. März.

Dr. David werden

Anfragen

beantwortet. Zu einer Anfrage über Verpflichtung von Landwirten im Ansehung der Barmherzigkeit auf Dienstleistungen für militärische Zwecke, wurde nach der Demobilisierung und regierungsseitig erwidert, es sei für die Übergangszeit unbedingt erforderlich, daß eingetriebene Leute in den Bureaus zurückbleiben. Ein Druck soll nicht ausgeübt werden. Die etwaige Beschäftigung von K. v. Leuten würde gegen die Bestimmungen verstoßen.

Auf eine Anfrage wegen

Ausbehnung des Auslands- Nachrichtenwesens wird erklärt, daß die Vorarbeiten soweit gefördert seien, daß demnächst Handel, Industrie und Landwirtschaft gutachtlich gehört werden können.

Auf eine weitere Anfrage wird eine Darstellung der Zustände in den indischen Provinzen gegeben, die allerdings an groben Mängeln litt. Doch würden die Interessen der internierten Deutschen nachdrücklich verfolgt.

Eine Anfrage über

Polen

im Verkehr mit Österreich-Ungarn wird dahin beantwortet, daß Erleichterungen in Aussicht gestellt seien und geprüft werde, ob diese angeht.

Zu der Angelegenheit des schweizerischen Bundesrats wird erklärt, daß der Bund eine gewisse Unterstützung leisten werde.

wenig deutschfreundlich

bekannt sei, daß jedoch bei seinen Mitteilungen an den italienischen Gesandten nach Angabe des schweizerischen Bundesrats eine Unkorrektheit nicht habe zuzulassen kommen lassen.

Zu der Steigerung der Weispreise wird auf die Erhöhung der Mehl- und Getreidepreise hingewiesen.

Eine Anfrage nach dem Reichssteuer-Gesetz wird dahin beantwortet, daß die Aussetzung in Frage liege, doch solle sich nicht überlegen, ob die Angelegenheit noch vor Beendigung des Krieges erledigt werden könne.

Obwohl wird die Ausprache über die Friedensverträge fortgesetzt.

Herr Dr. Stresemann (natl.): Es ist nicht richtig, wie Dr. David es darstellte, daß der Friedensvertrag mit Rußland in Deutschland einen schlechten Eindruck gemacht habe und nur als ein Provisorium anzusehen sei. Angeht es des Zerlegungsprojektes in Rußland muß Deutschland seine Interessen voll und ganz wahren, die ganze Laft während der Regierung Kaiser Wilhelms II. war eine unbedingte Friedenspolitik. Rußland haben wir die Notlage anderer Völker ausgenutzt, um Deutschlands Macht auszubauen. Während des russisch-japanischen Krieges konnte Rußland

das letzte Bataillon von der deutschen Grenze wegziehen,

es war unserer Neutralität sicher, England war selbst während des Burenkrieges unsere Verbündete gewesen, wir selbst hätten keine Truppen an der Grenze gehalten, wir die Dank für die Freundschaft zur Türkei auf Spiel setzen. Was war der Dank? Das Ergebnis war der Krieg und der Haß der ganzen Welt gegen uns. England dagegen handelt immer so, wie es sein eigenes Interesse erfordert, so auch jetzt den Neutralen gegenüber. Wir haben diese Politik auch im Krieg fortgesetzt. Seit dem 1. August 1914 war unsere Politik eingeteilt auf den Gesichtspunkt der

Schonung der Neutralen,

während die englische Politik eingeteilt war auf den Gesichtspunkt der Vergewaltigung, sobald es im englischen Interesse lag. Daß unsere Politik der Schonung den Kreis unserer Freunde erweitert hätte, vermag ich bis zur Stunde nicht anzugeben. (Sehr richtig!) Ganz falsch ist die Behauptung, daß einem Verändlungsfrieden immer Fremdschafft und daß Annexionen immer Haß folgen müßte. Frankreich nahm Italien Tripolis und Soudan und wir aber haben Italien bei in seinem Kampf gegen Österreich und gaben ihm damit die Grundlagen für seine Einheit. Heute sind diese Länder mit unseren Feinden an der Seite Frankreichs, das ihm diese Gebiete fortgenommen hat, gegen uns. Der

Vergleich mit dem Nikolburger Frieden

trifft nicht den Kernpunkt, denn damals reichte Bismarck dem deutschen Bruder die Hand, und ein solcher Frieden ist nicht zu vergleichen mit einem Frieden, den wir dem Feinde gegen die Hände mit einem Vertrag, der die Hand des Feindes nicht ist, aber niemals eine reale Tatsache. Deshalb tragen diejenigen ein schwerere Verantwortung, die die Regierung auf den Weg bringen wollen, selbst unter Ablehnung des Friedens mit der Ukraine das alte Groß-Rußland künstlich neu herzustellen. (Sehr richtig!)

Man hat für die Notwendigkeit eines starken Rußland die Gefahr eines großen Wirtschaftskrieges gegen uns angeführt. Gewiß haben wir gegenüber der Kapitalübermacht Amerikas nach dem Kriege einen schweren Stand. Das gilt aber auch für alle anderen Mächte, namentlich auch für England. Aber ein irgendwie organisierter Posten gegen deutsche Waren, eine organisierte Abschneidung von Rohstoffen ist nicht möglich. Dazu ist die

Schnelligkeit nach deutschen Waren in der Welt zu groß.

Das zeigen unsere Erfahrungen bei den Friedensschlüssen im Osten, und wenn die Regierung nur die nötige Ausfuhrerlaubnis erteilt hätte, so hätten wir während des Krieges eine Milliardenausfuhr nach dem neutralen und nach dem feindlichen Auslande gehabt. England hat aber jetzt, wo es die Folgen des U-Boot-Krieges immer mehr spürt, sehr gegen den Wirtschaftskrieg wieder in den Vordergrund ge-

stellt, um in gewissen Kreisen Deutschlands den Gedanken zu erwecken, daß auch ein siegreiches Deutschland mit Rußland auf diesen Wirtschaftskrieg sich den Forderungen Englands fügen müßte. Der Abg. Dr. David hat geteilt das Abkommen mit Rußland als eine

Bestätigung des preussischen Janer mit den baltischen

Baronen

bezeichnet und hat darauf hingewiesen, daß baltische Barone russische Herrscher gewesen seien. Eine derartige Gegenüberstellung ist reine Demagogie. (Sehr richtig!) Wenn das Baltikum Neigungen zu Rußland gehabt hätte, dann wäre es längst in Rußland aufgegangen. Was kann aber die Verhältnisse Rußlands nicht anders regeln als die Estlands und Livlands. Das Baltikum ist eine Einigkeit. Jetzt liegt die Hauptlast Livlands innerhalb der Grenze des Friedensvertrages, ebenso wie die zu Estland gehörenden Inseln. Wenn man geltend macht, man dürfe Rußland nicht gänzlich von der See abgrenzen, so dürfte man diesen Frieden überhaupt nicht schließen, denn Rußland als Hafen für Rußland ist wichtiger als Baku. Ich hoffe deshalb, daß die Erklärung des Grafen Hertling über das

Verhältnis Livlands und Estlands zu uns

nach eine festere Form annehme, wenn wir über die Stimmung in Livland und Estland mehr als bisher unterrichtet sind. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß Litauen sich eine eigene Verfassung schafft, wenn eine litauische Oberbehörde vorhanden ist, die die Grundrechte hierüber hüten kann. Die Schwereigkeiten in Litauen scheinen zu sein, daß eine solche Oberbehörde nicht vorhanden ist, weil die Großgrundbesitzer im wesentlichen Polen sind, die litauischen Intellektuellen sind aber außerhalb des Landes verbannt. Das selbständige Litauen muß aber, wie das auch jetzt die litauische Abordnung in Berlin gewünscht hat,

eine Militärfunktion mit Deutschland abschließen,

es muß eine wirtschaftliche Annäherung, eine Konjunktion, eine Räumung eintreten. Ein ganz selbständiges Litauen ist unmöglich. Wenn auch der Kaiserbund des Herrn Wilson eine Seitenbahn nach dem Kriege verlassen wird, so werden doch Konferenzen mit Hunderten von Millionen Einwohnern, mit Millionenheeren und mit Ausfuhr von Milliarden sich bilden. Wenn die Litauer einen litauischen Fürsten wünschen, so ist das ihr gutes Recht. Es geht eine tiefe Sehnsucht durch die beiden Konfessionen in Deutschland, friedlich nebeneinander zu leben. Wenn die Polen davon sprechen, daß sie den Status quo für Deutschland anerkennen wollen, wenn wir den Status quo für Polen anerkennen, so ist darüber nicht zu reden. Wir wollen nicht am Schicksal des Krieges eine internationale Auseinandersetzung über Elsaß-Lothringen und die Disprovinzen haben. Wir

diskutieren über Polen und Weltfrieden nicht,

ein solches Ansehen ist verkehrt. Wir haben an und für sich ein Bedürfnis, unsere Grenzen nach Osten zu verfestigen und vorzustoßen. Aber je weniger Polen dazu kommen, desto besser. Wenn unsere Herrscher sagen, daß unsere heutigen Grenzen ungünstig sind für die Zwecke der Verteidigung in einem künftigen Kriege, wenn eine andere Regelung notwendig ist, dann werden wir einfaß unsere politischen Bedenken gegen die Einverleibung polnischer Gebiete geringer einschätzen als diese militärischen Erwägungen. Der

ewige Friede kommt noch immer,

und unser Herrgott wird uns nicht einen Speerführer wie Hindenburg schenken, der mit einer Winderzahl zu liegen weiß.

Darum glaube ich nicht, daß die heutige Reichsleitung die Verantwortung übernehmen würde, Bedenken zu legen gegen eine Hiniausweisung unserer Grenzen im Osten, wenn die Oberste Heeresleitung diese Hiniausweisung für notwendig hält. Ich glaube auch nicht, daß diese Verchiebung der Grenzen durch militärische Abmachungen gesichert werden könnte.

Dr. Stresemann wendet sich weiter

der finnländischen Frage

zu und schildert die Kämpfe, die dort zwischen den finnländischen Sozialisten, die die Rote Garde bilden, und der Weißen Garde sich abspielen. Er meint, die Reichsleitung in Finnland liege in wie in der Ukraine. Durch unsere militärische Expedition kamen wir nur für die Fundierung des Friedens, den wir abgeschlossen haben, damit er überhaupt wirksam werden könne. Für Schweden fänden wir ebenfalls hätte Deutschland nicht eingegriffen brauchen. Wir glauben uns durch unser Eingreifen den Dank der Finnen erworben zu haben, und wir begrüßen das neue Staatswesen, dem wir das beste Gebeihen wünschen. Finnland wird vielfach in seiner Bedeutung unterschätzt. Keiner vermisst in dieser Beziehung darauf, daß Finnland für unsere Ausfuhr vor dem Kriege mehr Bedeutung erlangt hatte als die Türkei. Wir haben in bezug auf Finnland nur den Wunsch, daß bald dort Frieden, Ruhe und Sicherheit hergestellt werden mögen.

Weiter wendet sich Dr. Stresemann dann

wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen,

die mit dem Friedensschluß zusammenhängen, zu. Schon bei dem ukrainischen und noch mehr bei dem russischen Vertrag ist aufgefallen, daß unsere Unterhändler der Frage der Sicherstellung der deutschen Auslandsforderungen nicht nachgegangen sind. Gerade Rußland gegenüber hätte diese Frage in den Vordergrund gestellt werden müssen. Es geht doch über den Kopf, diese Frage zurückzuführen gegenüber einer Regierung, die darauf ausgeht, alles Fremdenvermögen zu beschlagnahmen. In diesem Zusammenhang erscheint mir auch der Verzicht auf eine Kriegsschadensabrechnung durchaus nicht in dem strahlenden Licht der Verifikation, wie dies von manchen Seiten geschieht. Er erhebt mir vielmehr im Lichte der kolossalen Verschwendung, die unser Volk zu tragen haben wird, wenn der fürstbare Weltkrieg ohne

Kriegsgeschädigten

für uns zu Ende geht. In diesem Zusammenhang richte ich an die Herren, die der Reichstagsaufsichtung vom 10. Juli vorigen Jahres zugestimmt haben, die Bitte, mit uns nunmehr eines Weges zu gehen. Der Gedanke der Friedensrestoration war ein ethischer Gedanke. Es war die Idee der Sühnung, daß wenn dieser Volk nach einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen ein Echo finden würde, zunächst einmal Rußland zum Frieden bereit

welter bereits lesen, daß Abg. David als Redner des Jahres dem Erkennen darüber Ausdruck gab, daß die Regierung einen Diplomaten mit dem Rang eines Botschafters so lange auf seinem Posten belassen habe. Für die Sozialdemokratie derzeitliche Eitelkeiten habe die wasserhellen Interessen schädigende fälschliche Schreiberarbeit. Von fortschrittlichen Abgeordneten Müller-Meinungen hören wir auf dem Umwege über Wien, daß auf Grund des Bauschusses der italienischen Regierung auch dem einzigen Botschafter in Rom, Herrn von Hlowitz, schwere Vorwürfe machte. Weiter haben angeblich in jenen vertraulichen, doch Schmeichelei bekannt gemachten Erörterungen nach der Nationalliberalen Dr. Stresemann, Unterstaatssekretär Zehn, von Stamm und die Sozialdemokraten Saake und Co. gesprochen.

Fürst Lichnowski, der übrigens auch den ehemaligen Österreichisch-ungarischen Botschafter in London, Grafen Menzobit, schwer bloßstellte (worüber man sich zur Abwechslung in Wien weniger eifrig unterhält), behauptet in seiner Denkschrift schließlich, daß der gegenwärtige Krieg hätte vermieden werden können, und daß es die Schuld Deutschlands war, wenn das nicht geschah. Lichnowski meint, daß wir durch unser Eintreten für Österreich-Ungarn Rußland dauernd vor den Kopf geschoben hätten. Nach ihm hätten wir unseren Verbündeten in den Balkanfragen jede Unterstützung verweigert. Daß dann das Bündnis mit Österreich-Ungarn in die Brüche gegangen wäre und daß wir dadurch die halbburgische Doppelmonarchie unserem Feinde in die Arme getrieben hätten, ist dem Fürsten Lichnowski anscheinend nicht klar geworden. Nach ihm hätten wir auch im Soudan Englands wohl georgen leben können. Mit rührend kindlicher Naivität glaubt er alles, was ihm englische Politiker gesagt haben. Nach dem Fürsten Lichnowski sind wir es auch gewesen, die das mostwollene und freundschaftsbereite England immer wieder zurückgeschoben haben. Diese Zierde der deutschen Diplomatie läßt auch durchblicken, daß sie den Ba u unserer Flotte, die Englands Unwillen erregte, verurteilt. Langsamte Ausföhrungen macht der fälschliche Diplomat über seine gesellschaftlichen Erfahrungen in London. Alles das würde man sich zur Not noch gefallen lassen. Dann aber meint Lichnowski schließlich, daß es in den letzten zwei Jahren des Jahres 1914 deshalb zu seiner Verhängung weil kam, weil man sie in der Berliner Weltfriedensratge hintertrieb, um ihn um seinen persönlichen Diplomaten-Erfolg zu bringen! Das klingt so transport, daß man annehmen könnte, der Redner habe zeitweilig an Verfolgungswahn gelitten. Nach der „Rhein. Volksztg.“ bringt es Lichnowski in seiner schmachvollen Schrift fertig, die russische Gesamtobilisation als ein unerschöpfliches harmloses Ereignis hinzustellen, aus dem wir gar keine positiven Folgen zu ziehen draußten. Was aber wäre geworden, wenn wir wirklich gewartet hätten, bis Rußland restlos mit seinen Rüstungen fertig war? Nicht nur Ostpreußen wäre den Russen zum Opfer gefallen, sondern auch Westpreußen, Polen und Schlesien. Darüber kann in einigermaßen gelunden Menschenhirnen kein Zweifel sein.

Die ganze Denkschrift atmet den Geist der gekränkten Eitelkeit eines verkannten Genies. Sie ist nur einer so verächtlichen schlichten Unkenntnis gehalten, daß der belächelnde Arbeiter darüber den Kopf schütteln muß. Wer den Krieg gewollt und künstlich herbeigeführt hat, ist im Laufe des Krieges oft genug durch einwandfreie Dokumente klar gelegt worden. Wir brauchen hier nur an die Verhandlungen jählicher feindlicher Diplomaten, an die Fünde in den Brüssel Archiven und nicht zuletzt an die Ergebnisse des Sudomlinow-Prozesses erinnern. Für das deutsche Volk ist diese Frage durchaus einwandfrei geklärt. Deshalb ist es nie je notwendig betont, auf zu bebauern, daß man mit dieser Denkschrift Geheimnisthäter getrieben hat. Fürst Lichnowski hat unsere Feinde Waffen geliefert, die, so unsinnig und lächerlich sie auch sind, ihnen hoch willkommen sein werden. Den Schaden, den er angerichtet hat, kann er nicht wieder gut machen. Nicht genug aber kann man sich wundern, daß die deutsche Diplomatie einen Mann mit derartigen Fähigkeiten und Eigenschaften in ihren Reihen zählen konnte, einen Mann, der trotz seiner jahrelangen Anwesenheit jenseits des Kanals — bei aller persönlichen Denkfähigkeit über die Kriegsverhältnisse — nicht einmal das britische Wort begriffen hat: „Red or no red, es ist mein Vaterland!“

C. H.

Aus Fürst Lichnowskis Denkschrift.

Weber den Inhalt der Denkschrift des Fürsten Lichnowski wird weiter berichtet:

Fürst Lichnowski sieht das Unglück unserer auswärtsigen Politik, schließlich sogar auch die eigentliche Ursache des Weltkrieges in dem deutsch-österreichischen Bündnis.

Der Krieg verurteilt die Idee der mitteleuropäischen Idee des Berliner Auswärtsigen Bundes und der von uns inszenierte Kampf um Berlin-Bagdad.

Der Fürst selbst diese Ansichten a. a. mit folgenden Tatsachen: Die englischen Minister Grey und Asquith, die in den entscheidenden Augenblicke 1914 die englische Politik leiteten, sind nach Fürst Lichnowski Herren aus einem Scheitel bis zur Seite, die nie an den Ausbruch eines Krieges gedacht haben, geschweige denn ihn vorbereiten. Grey — so Fürst Lichnowski — ist einer der harmlosesten Menschen der Welt. Der ehemalige Londoner Premierminister Asquith ist ein Gentleman, der Grey in nichts zurückbleibt. Als Lichnowski im August 1914 abberufen wurde und damit der Krieg zwischen Deutschland und England unermittelt war, ist, wie der Fürst erzählt, Hochgefühl nicht mit ihm zum Londoner Bahnhof gefahren, und beim Abschied ihm Asquith die Hand kräftig zu drücken.

Auch seine Dekretierung-Gebirgsgebiets selbst Fürst Lichnowski mit einer Tatsache. Als er von London abgehien sei, habe ihm der österreichische Botschafter Graf Menzobit selbstverständlich versichert, es bleibe noch da. Später habe er, Fürst Lichnowski, auf der Fahrt von London nach Dover im Zuge gefahren, wodurch hätte früher erklärt, das ganze politische Weltunter Österreich sei von Berlin gefallene Arbeit gewesen. Den österreichische Botschafter habe sich alle nicht gemerkt, selbst in diesen Gemütszuständen öffentlich neuen das maßvollere Deutschland zu haben.

lein würde, und doch wie dann auch dem Westfischen eine Bahn schaffen würden. Auch die Lasten sind einen anderen Weg gegangen.

Wir sind dem Westfischen nicht näher gekommen, den Ostfischen haben uns unsere Waffen gebracht. Die Rede des Reichstanzlers vom 17. Februar hat bei der Entzweiung nicht die ärgste Wirkung erfahren, und wenn nun diese Westfische mit einer

Blutung von 2 Millionen deutscher Taten und einer Schuld von 150 Milliarden absichtigt, so besteht für uns keine ästhetische Verpfändung mehr, unsere Feinde nicht die volle Würde der Kriegeslast tragen zu lassen. Wir müßten zusammenbrechen unter der Steuerlast, wenn wir unsere Feinde finanziell schonen würden, nur in dem Gedanken, daß durch ihre Schonung eine Verjüngung herbeizuführen ist. Im Gegenteil, je mehr wir den Gedanken der Schonung zum Ausdruck bringen, desto schwerer gelangen wir zum Frieden. Wir geben ihnen geradezu einen Preis und erleichtern ihnen die Fortsetzung des Krieges. Ich hoffe daher, daß ich die Worte des Herrn Reichstanzlers vom 17. Februar, die ich in der Zeitung, daß die Verantwortlichkeit unsere Feinde für die politischen und militärischen Folgen an der Fortsetzung des Krieges sich auf die Fortsetzung nach einer Kriegsentwässerung bezieht.

Nach der ärgsten Ablehnung der Friedensangebote darf aber unser Volk nicht zusammenbrechen auf Grund des Dogmas der Schonung des anderen. Den Ostfischen haben unsere Waffen gebracht, unsere Feinde werden die wirtschaftlichen, wie die politischen Folgen zu tragen haben. Der Kampf im Westen muß uns den Sieg und seine volle Auswertung bringen.

Graf Westarp (Kon.): Die Meinung der Sozialdemokratischen Partei, mit Trossen eine Berufsbildung möglich gewesen, ist richtig. Der Ostfischen hat den eisernen Ring der wirtschaftlichen Blockade gebrochen. Seither enthielten die Verträge

nichts über eine Kriegsentwässerung

Bei künftigen Friedensverträgen nach dem Westen hin bestehen wir auf einer Kriegsentwässerung in der der deutsche Einfluss auf die Handelswege muß auch bei Situationsnot gewahrt werden. Die beste Möglichkeit unserer Lage ist die feste Überzeugung des ganzen deutschen Volkes, das alles, was Menschkraft leisten, Menschengeist erfinden kann, gegeben ist, um den Sieg in unsere Hände zu bringen.

Hg. Rebehor (U. S.): Wir lehnen den Vertrag ab auch auf die Gefahr hin, hoheschwärzlicher als die Volkswirtschaften genannt zu werden. Die furländische Landesverwaltung ist keine Volkswirtschaft. Wenn dem deutschen Volk die furländische Herzogskrone angeboten wird, so bedeutet das eine Gefahr für Deutschland.

(Vizepräsident Dr. Paasche erhebt den Redner, auf diese Frage, die noch nicht spruchreif ist, nicht einzugehen.) Die roten Garbisten sind vollwertige russische Soldaten. Es verlohnt sich gegen das Völkerverbot, sie ohne weiteres zum Tode durch den Strang zu verurteilen. (Vizepräsident Dr. Paasche: Dann ist keine Rede, daß alle Volkswirtschaften durch den Strang securitell werden. Großer Räum bei den U. S. Zurück aus dem Hause, Erwiderung der U. S. erneute Gegenerklärung der bürgerlichen Parteien. Die Hg. Rebehor und Haase (U. S.) werden zur Ordnung gerufen.) Mit Finnland ist gar kein Friedensvertrag nötig. Wir befinden uns nicht im Kriege mit ihm. Wir nehmen den Kampf mit der Armeeorganisation von Westarp bis Scheibemann auf.

Hg. Fürst Radziwiłł (Kole): Unsere Haltung gegenüber dem Friedensvertrag steht unter dem Eindruck, daß kein Vertreter des polnischen Volkes zu den Friedensverhandlungen hinzugezogen wurde.

Hg. Mumm (D. Fr.): Die Offseptionen müssen als unzulässige Eingriffe in die deutsche Freiheit.

Die baltischen Landesvertretungen sind vollberechtigt, das furländische und litauische Volk zu vertreten. Den Forderungen Hindenburgs und Ludendorfs auf Sicherung unserer Grenzen darf man sich nicht widersehen.

Hg. Hansen (Däne): Die Bewohner der Wandsinseln wollen zu ihrem Mutterlande Schweden zurück. Deutschland

Unter der Tropensonne.

Roman von Erich Geue-Pöcher.

38. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„O ja! Die Statistik ist allerdings noch nicht ganz abgeschlossen. Es sind zwar nur Philippinos und Chinesen erschlagen worden und einige spanische Kolgesoldaten. Aber Sie wissen doch, daß Donna Solvia, die reizende junge Frau von Senor Beermann, fast ein Opfer des Erdbebens geworden wäre.“

„Recht hörte John Maer voller Interesse auf. Er hatte seit jenem Abend, als er sie unvermutet als Herrn des Hauses wiederfand, sie nicht mehr gesehen und vermied es, nach ihr zu fragen. Aber eigenmächtig war es beschlossene Sache, seine Gedanken nicht mehr mit ihr, sondern mit ihm abzuwecheln. Das hatte den Reiz für ihn erhöht, mit dem sie immer für ihn umgeben gewesen war. Er hatte es sich so hübsch gedacht, den netten Fritz mit ihr, der ihm die Gesellschaft verlor, hier nun weiter fortzugehen. Er kannte ja die Frauen so vieler zivilisierten Länder; er meinte, auch Solvia ganz genau zu kennen. Ganz ruhig wartete er ab; denn er mußte ihr ja über kurz oder lang in der Gesellschaft doch wieder begegnen, besonders wo er jetzt der erklärte Liebhaber des Gouverneurs war. Da jetzt nach dem Schreden des Erdbebens die gesellschaftlichen Veranstaltungen ruhten, fiel es ihm nicht auf, daß er Solvia nirgends sah.

„Die junge Frau Beermann? Wie kam das?“ fragte er zurück.

„Sie wurde in ihrer Wohnung zum Erdbeben überfallen und verlor sich nicht rechtzeitig ins Freie, da sie die Gefahr nicht kannte. Ihr Gatte suchte sie unter eigener Lebensgefahr. Aber als er sie fand, wurde sie vor seinen Augen von einem niederdrückenden Schranke getroffen. Dann soll er sie unter den größten Anstrengungen über die Trümmer hinwegbringen zu haben.“

John Maer hiß die Lippen zusammen. Etwas wie Eifer quoll in ihm auf. Er wollte es nicht gern glauben, daß Herr Beermann Solvia liebte.

Aber ganz rechtens das obere Stockwerk mit ihrer Wohnung, ist vom Erdbeben fürchterlich demoliert worden und Donna Solvia lag seit Wochen schwer krank draußen im Landhause von Janatio Tajo, fuhr der Gouverneur fort.

Der Fall Lichnowsky im Hauptauschuß.

Keine „bisse Absicht“ des Fürsten Lichnowsky. — Die „Enthüllungen“ des ehemaligen Krupp-Direktors. Ein neues Weißbuch in Vorbereitung.

WTB. Berlin, 19. März. Der Hauptauschuß des Reichstages beschloß sich am 16. März mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom August 1916. Der Stellvertreter des Reichstanzlers Grafen Paer teilte mit, daß sich der Fürst am 15. d. Mts. dem Reichstanzler gegenüber etwa folgendermaßen geäußert habe: Die rein privaten Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, haben durch Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden.

Nach einem Schreiben des Fürsten habe die Denkschrift dem durch Indiskretion eine weitere Verbreitung gefunden. Mittlerweile habe der Fürst seine erbetenen Absichten erhalten und da ihm unentgeltlich keine Hilfe hinsichtlich vorzulegen habe, habe man nun einem Vorgehen zusehen können. Widerspruch müßte erfolgen, namentlich gegen die Behauptung über die politischen Vorkänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Im einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer, wie bei der Ablehnung der Denkschrift die Absicht vertreten habe, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung angedacht gehalten werden können, wenn sie nur die Friedensbedingung Englands genügend ausgenutzt hätte und von England wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Einsetzen kaum zu erwarten gewesen.

Unsern Stübchen die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht die jerrische Kräfte durch eine Konzentration zu benden vermischt habe und daß Deutschland die russische Mobilisierung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe, sei jetzt unentwerbar. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsmöglichkeiten Englands abgelehnt. Beerd der Denkschrift sei im ganzen, zu zeigen, wie der Fürst dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Vorschlägen gefolgt wäre. Des weiteren handelte es sich um ein Schicksal gefallenes, an eine größere Anzahl von Personen gelangtes und letzter fast verurteiltes Aufschreiben eines Dr. Pahlen, der zur Zeit des Kriegsausbruches Mitglied des Kruppischen Direktoriums gewesen sei. Er sei nach dem Reiche in der zweiten Hälfte des Juli 1914 bei zwei bekannten Herren in besprochenen Stellung gewesen und erzählte ihm an, daß U. S. abtrugungen derselben, aus denen er den Schluß zieht, daß es der deutschen Regierung in der zweiten Hälfte des Juli an dem Friedenswillen gefehlt habe. Die beiden Herren widersprechen bestimmt dem ihnen in den Mund gelegten Vorwurfe.

muß diesem Wunsche in Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zustimmen.

Die Ausprache schließt. Die Vorlage wird an den Hauptauschuß verwiesen. Es folgt die

die erste Lesung der neuen Kreditvorlage.

Staatssekretär Graf Rodern: die täglichen Kriegsausgaben sind gestiegen, auch für die Marine. Daß sie dort nicht vergeblich angewendet wurden, zeigt die

ständig steigende U-Boots-Tätigkeit.

In England und Frankreich sind die Kriegskosten auf den Kopf der Bevölkerung weit höher als bei uns. Zum ersten Mal kann sich jetzt die zusammenfassende Kraft des Deutschen Reiches in ungeteilter Mächtigkeit dem Westen widersetzen. Von dort hören wir die alte Feindschaft. Der sogenannte preussische Militarismus ist nichts als die Wehrkraft des deutschen Volkes, die allein uns vor der Vernichtung bewahrt hat. Die Drohungen der Feinde mit der Rohstoffperre nach dem Kriege kann uns nicht schrecken. Die deutschen Wälder werden uns bei der Rohstoff für unsere Textilindustrie ersetzen. Auch die Anwesenheit der neuen Kriegsanstalten wird nur den Sinn eines „Und doch“ haben, das dem Vernichtungswillen unserer Feinde entgegensteht wird.

Hg. Haase (U. S.): Wir stimmen gegen die Vorlage. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Morgen 3 Uhr: Volksgesetz, Angelegenheit Daimler.

In der anschließenden Diskussion erklärte der Hg. Haase, die Denkschrift wäre ein merkwürdiges Dokument, aus dem man den Eindruck gewinnen, daß der Reichstanzler alles unter dem Gesichtswinkel der gegenwärtigen Kräfte betrachte.

Der Hg. Scheibemann erklärte, für einen Diplomaten sei die Denkschrift geradezu eine Blamage.

Der Hg. Müller-Weinungen sprach die schärfste Überzeugung aus, daß die entscheidende Mehrheit des deutschen Volkes, der Reichstanzler, der Vertreter des russischen Volkes und vor allem der Deutsche Kaiser

keits gegen einen Frieden auch gegen England waren.

Der Hg. Stresemann sagte, man könne den Verzicht der Denkschrift

überhaupt nicht ernst nehmen.

Durch die ganze Vorlesung stehe die Warnung, die Schuld auf Deutschland zu schieben.

Der Hg. Scheibemann bemerkte, es ignoriere ihm jedenfalls zu wohlwollende Rücksicht hier nicht am Platze.

Der Hg. von Gumpel bemerkte, es wolle in Zukunft mit den letzten Sätzen unserer Diplomatie gebrochen werden. Er beantragt die Verlesung des gesamten Textes.

Der Hg. Scheibemann erklärte, das Wort Reichstanzler anzuwenden, daß die Verlesung der Front, ab ein

kräftiges oder diszipliniertes Verhalten

gegen den Fürsten angesetzt erweise, durch das Reichstanzler

erklärt werden, was für die Gegenwart eine Verlesung wegen diplomatischen Landesverrats im Sinne des Paragraphen 92 des Reichsstrafgesetzbuches, noch eine solche auf Grund des Paragraphen 133 A des sogenannten Strafrechtsbuches in Frage.

Ein Disziplinarverfahren käme nicht in Betracht, da ja der Fürst aus dem Dienst ausgeschieden sei. Verurteilungen von Fürsten in der Presse seien dem Fürsten vom Kaiserlichen Hof unterstellt worden.

Unterhauspräsident von Stamm antwortete zum Schluß noch auf die Anfrage, was für die Gegenwart eine Verlesung verantwortlicher sei, was sie verurteilt habe und weshalb er nicht von seinem Posten abtreten wolle, und erklärte, daß die Ausgabe eines neuen Weißbuches in Vorbereitung sei.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 19. März.

Das Haus nahm den Geheimsatz, wonach die Legislaturperiode des am 3. Juni 1913 gewählten Hauses um ein Jahr verlängert wird, in erster und zweiter Beratung an. Bei der zweiten Beratung des Staatshaushaltplanes

(Haushalt der Bauverwaltung) berührt

Hg. Brühl (Vpt.) über die Verhandlungen der Kommission. Beantwortet wird die Vorlegung eines Entwurfs für die Herstellung einer durchgehenden Wasserstraße von der westlichen bis zur östlichen Grenze Preussens und die Vorlegung eines Planes für den weiteren Ausbau nordwestlicher Wasserstraßen.

Hg. Herrmann-Danzig (F. Vpt.): Für den Osten ist das Bestehen eines durchgehenden

Kanalsystems von Westen nach dem Osten

von Bedeutung, auch stellt uns eine Wasserbindung von Norden nach Süden. Anland und Ströme können uns nur nützen, wenn der wirtschaftliche Verkehr mit diesen Ländern einleiten kann. Vor allem muß der Mittelkanal-Kanal vervollständigt und die Verbindung bis nach Osten weitergeführt werden. Ferner ist notwendig eine Verbindung von Donau, Main und Rhein und von Donau, Oder und Elbe. Auch nach Oberösterreich muß der Osten eine Wasserbindung erhalten. Ein heiliger Ausbau einzelner Kanäle würde vor allem unsere Militärkraft härten. Redner empfiehlt

den das Kolonnenflosser mit Janatio Tajo um ein großes Stück Reisland seit zwei Jahren führte, das Kloster gewonnen hat. Es ist ja natürlich für uns nur günstig, daß Tajo in seinem Grundbesitz ärmer wird und daß seine Macht und sein Einfluss vermindert werden, — aber — jetzt — gerade in diesem Zeitpunkt?

„Und warum ist dieser Zeitpunkt besonders ungünstig?“ fragte John Maer.

„Ich werde gleich hinaufkommen; arbeiten Sie unterdessen die anderen Sachen in meinem Arbeitszimmer durch!“ sprach der Gouverneur zum Adjutanten, der sich in den Park zurückzog, dann wandte er sich zu seinem Gaste und ließ ihn die stilleren Wege des Parks ein: „Wir sind gerade an dem Momente angekommen, wo das Vorkriegs, das ich nach den vorjährigen Unterhandlungen ausbedungen, abgeschlossen ist und die Eingeborenen nach dem ersten besten Verwandten suchen, um loszuschlagen zu können. Und nun kommt gerade die Ungünstigkeit, daß die spanischen Gerichte dem Besten und einflussreichsten Mitgliedern einen schlechten Ausgang in einem so wichtigen Prozesse bringen!“

„Zurecht habe ich gedacht und diplomatisch und ohne Hintergedanken hier die Sachen hingezogen. Die Herren am grünen Tisch in Madrid und die Vertreter in den Cortes haben sich neben, wenn sie ausprovozieren, ist bei ein Prozeß, der durch diesen Vorfall immer alles in Frage.“

„Aber hier ist absolut nicht auf große Entscheidungen gerichtet, trotz meiner unabsichtlichen Vorstellungen! Und bis wir nachhören und Truppen aus dem Mutterlande bekommen —“

„Und wenn nun dieser einflussreiche Mitglied eine Empfehlung anstellt, wollen Exzellenz auch dann auf diplomatischem Wege bleiben?“

„Nein, bricht er offen los, dann heißt es, dem Aufstande den Kopf nehmen! Dann wird man Tajo sofort neckchen, um ihn zur Rechenschaft vorzulegen zu stellen. Und man wird ihn im Gefängnisse hinhaken — wie man seinen verstorbenen Vater eingehalten hat. Aber besser ist es, vorzugeben.“

„Und wieder zu verhandeln?“

„Ja. Den Eingeborenen Reformen vorzuziehen und ihnen einige Reformen erfüllen — die sie politisch nicht zu leisten können — einige tausend Votos an die notleidenden Philippinos verteilen, wie es immer in diesen Verhandlungen gewesen heißt.“

(Beide lachen.)

„Es ist für uns etwas peinlich, daß Senor Beermann die Galtzenschaft von Tajo unter diesen Umständen annehmen mußte, denn wir müssen uns immer vorhalten, daß Tajo

von Senor Beermann übergegangen, und so hat die Regierung ihn mit einem pharmazeutischen Auftrage für einige größere Städte im Innern beauftragt können.“

„Es scheint Donna Solvia besser zu gehen, da Senor Beermann die Reise ins Innere angetreten hat!“

„Mische ich nun einer der spanischen Offiziere ins Gespräch, der für die junge, blonde deutsche Frau regt Sympathie hatte.“

„So? Senor Beermann hat die Reise schon angetreten?“

„Überhaupt nicht! John Maer mit einem Interesse, das nur oberflächlich klingt. Aber seine Gedanken arbeiten weiter, und während der ganzen Rücksicht, die die Herren dann in ihren Equipagen entzogen, beschäftigte ihn dies Gespräch.“

Es war ein köstlicher Abend, der nach den wochenlangen Negengüssen doppelt willkommen war. Der Gouverneur hat John Maer, zu bleiben, nachdem die anderen Herren sich verabschiedet hatten. Und während der Adjutant sich in den Park begab, um im Arbeitszimmer des Gouverneurs nach eingetragenen Zeitungen, Akten und Berichten zu sehen, promenierte der Gouverneur im Park aus und ab und zeigte seiner Frau keinen kleinen zoologischen Garten, den er sich zur Ghibberlei angeeignet hatte.

Der hohe Herr war aufgeräumt und guter Dinge, wie immer, wenn man nicht von Amtsgeschäften sprach. Mit Wohlgefallen spielte er mit all den wunderbaren, schillernden Vögeln, die zum an die Gitter der Käfige flogen.

Da kam der Adjutant zurück, die Aktenmappe in der Hand.

„Bringen Sie noch Arbeit für heute abend?“ rief der Gouverneur ihm entgegen, „was nicht bringend ist, nehmen wir morgen früh durch. Ist etwas Wichtiges da?“

Der Adjutant übergab ein Kuvert. Als der Gouverneur das Schreiben überflog, ging ein Schalter über sein junges Gesicht, und ein kräftiger panischer Blick entfuhr seinen Lippen.

„Schlechte Nachricht, Exzellenz?“ fragte John Maer zurückhaltend.

„Ach, diese Kolonnen!“ entgegnete der Gouverneur ungeduldig, „Sie haben mit einem zweifelhafte Dienst erwiesen! Ich erhalte da eben die Nachricht, daß in dem großen Prozesse,

